

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 23.09.2004

Vorlage Nr. 04-F-01-0060

Familienfreundliche Politik auf breiter Basis
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.09.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass das von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Renate Schmidt ins Leben gerufene Bündnis für Familie auch in Wiesbaden umgesetzt wird. Ob Arbeit, Bildung, Betreuung, Wohnen oder Freizeit – es gibt kaum einen Bereich des öffentlichen Lebens, der nicht auch direkt oder indirekt die Situation der Familien betrifft. Folglich bietet das lokale Bündnis für Familie in Wiesbaden eine große Chance, die Lebensbedingungen für Familien in unserer Stadt zu verbessern.

Zur optimalen Umsetzung und als konkrete Zielvorgabe sind zu Beginn der Arbeit familienpolitische Leitlinien zu entwickeln, die die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen und familienfreundliche Ansätze in den Mittelpunkt rücken.

Um das Bündnis auf eine breite Basis zu stellen, ist durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit über das Projekt zu informieren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Vereinen die Möglichkeit zu eröffnen, sich und ihre Ideen in das Bündnis einzubringen.

Bei der Zusammensetzung des lokalen Bündnisses sind auch die gesellschaftlich relevanten Gruppen zu berücksichtigen. Aus gegebenem Anlass möge der Magistrat berichten, ob inzwischen auch eine Einladung an die Gewerkschaften erfolgt ist, bzw. warum dies zunächst versäumt wurde.

Beschluss Nr. 0521

Der Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 14.09.2004 betr.

Familienfreundliche Politik auf breiter Basis

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 09.2004

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .09.2004

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister